

3. DY 30/2351

15.5.1980

207

11

Leonid Iljitsch B r e s h n e w :

Liebe Genossen!

Ich bringe wohl die Gefühle aller in diesem Saal Anwesenden zum Ausdruck, wenn ich sage, daß wir alle froh sind, im Frühling hier in Warschau zusammenzukommen, in der Heldenstadt, nach der der Vertrag benannt ist, der unsere Länder zu einem engen Bruderbund zusammengeschlossen hat.

In seiner Eröffnungsansprache umriß Genosse Gierek die wichtigsten Ergebnisse der Tätigkeit unserer Organisation. Wir teilen voll und ganz seine Einschätzungen.

In dem Vierteljahrhundert seines Bestehens hat sich der Warschauer Vertrag als höchstbedeutender Faktor des Friedens nicht nur in Europa, sondern auch in der ganzen Welt bewährt. In dem Entwurf des Schlußdokuments unserer Tagung ist sozusagen die Dienstliste unseres Bündnisses enthalten. Das ist eine solide Liste. Wir lenken unsere ganze Tatkraft auf die Festigung der Sicherheit und die Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit.

Unser Bündnis ist nicht gegen die Interessen auch nur eines Staates gerichtet, es diene und dient dem Frieden. Darin liegt seine große politische Kraft.

Ein Vierteljahrhundert der Tätigkeit unserer Organisation - das ist zugleich eine Chronik der großen, angespannten Arbeit unserer Parteien zur Gestaltung internationaler Beziehungen neuen Typs. Während wir im Rahmen des Rates für

Gegenseitige Wirtschaftshilfe erstmalig den Weg für die sozialistische ökonomische Integration gebahnt haben, wurde der Warschauer Vertrag gleichsam zu der Schiede, in der unsere abgestimmte internationale Politik und der feste Schild geschmiedet wurde, der die sozialistischen Errungenschaften unserer Völker schützt.

Schon längst gehören die Pläne des Imperialismus für das Atommonopol, für die militärisch-technische Überlegenheit über die Sowjetunion und die jungen sozialistischen Staaten der Vergangenheit an. Heute ist der Westen gezwungen, dem bestehenden militärisch-strategischen Gleichgewicht Rechnung zu tragen. Das ist eine Errungenschaft von grundsätzlicher Bedeutung.

Es entstand ein Mechanismus unseres weitreichenden Zusammenwirkens, der sich immer weiter verbessert. Auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses behandeln und lösen wir Kernfragen der Gewährleistung der Sicherheit unserer Länder und erarbeiten ein gemeinsames Herangehen an die bedeutendsten internationalen Probleme. Erfolgreich verläuft die Tätigkeit des Komitees der Außenminister zur Koordinierung unserer außenpolitischen Schritte. Eine große verantwortungsvolle Arbeit leisten das Komitee der Verteidigungsminister und das Oberkommando der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

Ich möchte noch etwas betonen. Obwohl die Organisation des Warschauer Vertrages eine europäische Organisation ist, sind wir alle - einzeln und zusammen - stets mit dem Kampf der Völker für Freiheit und sozialen Fortschritt auf allen Kontinenten solidarisch. Diese unsere Solidarität zeigt sich in konkreten Aktionen. Das wissen und schätzen die Völker, das ist auch eine Quelle der Autorität unseres Bündnisses.

Kurz gesagt, unser Bündnis hat feste politische und Verteidigungspositionen. Das ist besonders wichtig jetzt, da eine jähe Abkühlung des politischen Klimas eingetreten ist.

Wodurch wurde die gegenwärtige Wende in der Politik der USA und in gewissem Maße auch des ganzen kapitalistischen Westens heraufbeschworen? Das ist die Klassenreaktion auf die Festigung der Positionen des Sozialismus, auf die Erfolge des nationalen Befreiungskampfes der Völker, auf das Anwachsen der demokratischen fortschrittlichen Kräfte in der kapitalistischen Welt. Das ist sozusagen ein verzweifelter Versuch, den Gang der Ereignisse zu ihren Gunsten umzukehren, noch einmal mit Gewaltandrohung den Prozeß der historischen Wandlungen zum Stillstand zu bringen oder wenigstens aufzuhalten. Das ist natürlich ein Versuch, der letztendlich zum Scheitern verurteilt ist.

Der Imperialismus- und vor allem der USA-Imperialismus - versucht, eine Gegenoffensive auf breiter Front zu entfalten. Dazu gehören auch die fieberhafte Aufrüstung der NATO-Staaten, die Vertiefung der politischen und militärischen Zusammenarbeit mit China, einschließlich seiner direkten Aufwiegelung zur bewaffneten Aggression gegen Vietnam, und des immer intensiveren militärischen Vordringens in Asien - vom Ostteil des Indischen Ozeans bis zum Persischen Golf - und in Afrika.

Infolgedessen entstehen solche gefährlichen Konfliktherde wie der Überfall Chinas auf Vietnam, der gegenwärtige Konflikt um Iran und das militärische Manövrieren der USA im Raum des Persischen Golfes. Zugleich versucht die imperialistische Außenpolitik und Propaganda, auf jede Art und Weise die Entspannung in Verruf zu bringen und zu untergraben.

Der Kurs Carters ist, kurz gesagt, ein gefährlicher, abenteuerlicher Kurs auf die Eskalation des Wettrüstens, auf die Verstärkung der Kriegsgefahr.

Im Westen wird häufig behauptet, daß die Verschärfung der internationalen Lage durch die afghanischen oder die iranischen Ereignisse ausgelöst worden sei, und ein Geschrei über die

berüchtigte "sowjetische Bedrohung" erhoben. Nur sehr naive Leute können das glauben. Nicht erst heute oder gestern haben die Imperialisten ihren friedens- und entspannungsfeindlichen Kurs eingeschlagen. Schon vor zwei Jahren wurde in der NATO ein Programm zur umfangreichen Forcierung der militärischen Vorbereitungen angenommen, das bis zum Ende des Jahrhunderts berechnet ist. Eine besondere Gefahr beschwört der im Dezember 1979 gefaßte Beschluß der NATO über die Produktion und Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa herauf. Parallel dazu setzte Washington faktisch die Sabotage der verschiedenen Abrüstungsverhandlungen, darunter auch im Genfer Ausschuß, fort. Ist denn nicht die Linie der USA in der Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrages kennzeichnend dafür? Das ist doch, milde ausgedrückt, Wortbrüchigkeit mit dem Ziel, die militärischen Vorbereitungen und aggressiven Pläne der Imperialisten zu tarnen. Glieder dieser Kette bilden auch die Versuche der USA-Regierung, die Revolution in Afghanistan und in Iran mit verschiedenen Methoden zu ersticken

Nein, die Gespenster des "kalten Krieges" sind nicht aus den Schluchten Afghanistans und nicht von den Hochebenen Irans, sondern aus den Korridoren des Weißen Hauses erschienen.

Auf der vorangegangenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im November 1978 betonten wir, daß massive Attacken auf die Entspannung, auf die Politik der sozialistischen Staaten wahrscheinlich seien. Das ist auch eingetreten. Wohin wird das weiterführen: Zur Bewahrung und Vertiefung der Entspannung oder zu einem noch gefährlicheren Anheizen der internationalen Lage?

Unsere Wahl ist klar. So erhebt sich die Frage, haben wir hinreichende Möglichkeiten, um einen günstigen Gang der Ereignisse zu gewährleisten, bestehen hierfür die erforderlichen objektiven Bedingungen?

Wir meinen, daß die Antwort positiv sein muß.

Der Druck auf die Welt des Sozialismus ist keine neue Erscheinung. Wie oft haben wir das seit der Oktoberrevolution erlebt! Sogleich nachdem die Sowjetmacht die offene militärische Intervention zurückgeschlagen hatte, wurden Versuche gestartet, sie auszuhungern, es wurden Blockaden und Schutzkordons aller Art errichtet und die Festigkeit unserer Grenzen ständig auf die Probe gestellt. Und all das ging mit dem Geschrei von der "Hand Moskaus" einher.

Der Imperialismus hat wiederholt unsere Kraft und unsere Standhaftigkeit in den Nachkriegsjahren auf die Probe gestellt. Wir erinnern uns gut an die vom Klassenfeind provozierten akuten Krisen: die Berlin-, die Korea-, die karibische und andere Krisen. Damals erteilten wir den Anschlägen auf den Sozialismus und den Frieden eine gebührende Abfuhr. Seitdem haben sich unsere Kräfte vervielfacht!

Die Entspannung ist doch nicht irgendeine zufällige Erscheinung. Sie ist das gesetzmäßige Resultat des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt, Resultat der gut abgewogenen, wissenschaftlichen Außenpolitik unserer Länder. Sie ist bereits Bestandteil des heutigen internationalen Lebens und hat genügend tiefe Wurzeln geschlagen. Wenn wir sagen, daß es zur Entspannung keine vernünftige Alternative gibt, so ist das nicht einfach dahingesagt, sondern eine Feststellung des realen Tatbestandes in der Welt.

Auch in den USA sind sich viele dessen bewußt, daß nur die Entspannung die Hoffnung auf ein Leben ohne militärische Konflikte, auf die schrittweise Zügelung des Wettrüstens gibt. In einer Atmosphäre antisowjetischer Hysterie und militaristischer Psychose und unter den Bedingungen des Wahlkampfes fällt es ihnen natürlich nicht leicht, offen gegen die gegenwärtige Linie der Carter-Administration aufzutreten. Das heißt jedoch nicht, daß das immer so sein wird. Es ist be-

zeichnend, daß Vance kürzlich aus der Regierung ausgeschieden ist. Das ist natürlich eine einzelne Tatsache, sie ist aber doch wohl für die Krise kennzeichnend, in die die Außenpolitik der USA durch das Carter-Brzezinski-"Gespann" geführt wurde.

Im Lager der Bourgeoisie gibt es keine einheitliche Orientierung, dort bestehen verschiedene Tendenzen, wie bereits Lenin feststellte. Unter den Bedingungen der Entspannung haben es die USA schwerer, ihre Verbündeten, insbesondere die westeuropäischen, im Zaum zu halten und ihre führende Stellung in der kapitalistischen Welt zu behaupten. Das ist übrigens auch eine weitere Ursache für die gegenwärtigen Versuche Washingtons, die Entspannung zunichte zu machen.

Die Amerikaner reden lauthals von der Krise, während sich ihre Verbündeten, sogar die engsten unter ihnen, abgesehen von den britischen Konservativen, nicht sehr beeilen, ihren Platz in der Reihe jener einzunehmen, die Washington zum Gegenangriff gegen die Entspannung führen möchte. Sie wollen offenkundig nicht, daß Carter sie in allzu gefährliche Abenteuer verstrickt. Das ist offenbar ein wesentlicher Faktor. Wir müssen ihn maximal für die Aufrechterhaltung der Entspannung nutzen.

Die Aktionsfreiheit der aggressiven Kreise wird weitgehend durch den Widerstand der Öffentlichkeit in den kapitalistischen Ländern gegen die Politik des Abenteuertums und des Wettrüstens und durch die Forderungen eingeschränkt, die Entspannung zu bewahren und zu vertiefen. In der Avantgarde dieser Aktionen gehen die Kommunisten, wovon auch das jüngste Treffen der Vertreter von 22 europäischen kommunistischen Parteien in Paris zeugt. Der dort angenommene Appell "Für Frieden und Abrüstung" weist die Richtung für die praktische Arbeit unter den Massen für Frieden, Sicherheit und internationale Zusammenarbeit, wofür unsere Länder eintreten.

All das berechtigt also zu dem Schluß: Der von unseren Parteien erarbeitete Kurs auf Frieden und Entspannung, auf Abrüstung, auf Unterstützung des Kampfes der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt ist richtig, und wir werden uns nicht davon abbringen lassen.

Ich möchte nun ausführlicher auf die konkreten Fragen eingehen, zu denen wir abgestimmte Aktionen vereinbaren müssen.

In den Aktionen der Carter-Administration kann man mindestens drei taktische Linien unterscheiden, die einer einzigen Strategie dienen sollen. Das ist erstens die Verschärfung der Spannungen gegenüber der UdSSR und dem Weltsozialismus insgesamt, die Schürung der Psychose und der Hysterie als Tarnung für die forcierte Militarisierung. Das ist zweitens das Bestreben, mit einer differenzierten Politik einen Keil zwischen die UdSSR und ihre Verbündeten zu treiben. Das sind drittens die Bemühungen, die Länder der sozialistischen Gemeinschaft von den Staaten zu trennen, die sich von der kolonialen Abhängigkeit befreit haben, und diese für die globale Strategie des Imperialismus zu mißbrauchen.

Wir halten es für prinzipiell wichtig, dieser Politik eine einheitliche Position der Bruderländer entgegenzusetzen. Es handelt sich natürlich nicht darum, auf den Abbau der vorteilhaften Handelsbeziehungen zu den USA und anderen westlichen Ländern hinzusteuern. Im Gegenteil, die UdSSR unterstützt selbst, wie Sie wissen, die Linie auf die Bewahrung und Entwicklung dieser Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils. Dadurch konnten wir praktisch die negativen Folgen der wirtschaftlichen Erpressung der USA auf ein Minimum reduzieren und auf dem Weltmarkt Lieferanten von Getreide, Futter und anderen Waren, die wir brauchen, finden.

Carters Pläne, eine internationale Unterstützung für seine ökonomischen "Sanktionen" gegen die UdSSR zu erhalten, sind

gescheitert. Eine Lehre aus den Aktionen Washingtons müssen wir aber wohl alle ziehen. Dieser Präzedenzfall zeigt, wie wichtig es ist, bei der Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zum Westen die vernünftigen Grenzen nicht zu überschreiten und eine gefährliche Abhängigkeit von den imperialistischen Ländern zu vermeiden.

Die Genossen werden mir sicher beipflichten, daß die Amerikaner, wie auch die NATO überhaupt, in den grundsätzlichen Fragen der großen Politik deutlich erkennen müssen, daß die Versuche nutzlos sind, einen Keil zwischen uns zu treiben. Nur so können wir dem Druck der Imperialisten eine wirksame Abfuhr erteilen.

Wenn wir von der Notwendigkeit abgestimmter Aktionen auf dem internationalen Schauplatz sprechen, können wir die Frage unserer Beziehungen zu China nicht umgehen, dessen Position die Lage in Europa und in der ganzen Welt beeinflusst.

Wir verfolgen aufmerksam, wie sich die Lage in China entwickelt, und beurteilen sie nüchtern. Der Verzicht auf einige extreme Erscheinungen der "Kulturrevolution", die Rehabilitierung Liu Schaotses und anderer Funktionäre der KP Chinas, die der maoistischen Willkür zum Opfer gefallen waren, der faktische Bruch mit einer Reihe der absurdesten Zielsetzungen Mao Tsetungs - all das verdient unsere Aufmerksamkeit.

Aber auch etwas anderes ist klar. Die neuen Elemente in der Linie Pekings haben das wichtigste nicht angetastet, seinen antisowjetischen, antisozialistischen, hegemonistischen und aggressiven Kurs in der Welt. Mehr noch, dieser auf die Stützen der "vier Modernisierungen" gestellte und durch Waffen und die Investitionen westlicher Banken untermauerte Kurs wird immer gefährlicher.

Die westlichen Länder, vor allem die USA, setzen immer mehr auf die chinesische Karte. Es gibt Angaben über Absichten amerikanischer und japanischer Monopole, Dutzende Milliarden Dollar in China zu investieren. Bei der gegenwärtigen Politik der chinesischen Führung werden diese Mittel natürlich vor allem für die weitere Militarisierung des Landes verwendet werden.

Die Peking-Führer beteiligen sich direkt an der Verwirklichung der imperialistischen Pläne für den Kampf gegen den Sozialismus und die Befreiungsbewegung der Völker. Das ist auch ihre Rolle in den afghanischen Ereignissen. Peking wird auch in einer anderen Richtung aktiv. War es Mao nicht gelungen, die kommunistische Bewegung mit Hilfe der von ihm gegründeten Gruppen zu spalten, so rechnen jetzt seine Nachfolger damit, diese Aufgabe zu lösen, indem sie einzelne Parteien umgarnen und sie gegeneinander ausspielen.

All das beweist, daß es notwendig ist, den Wühlaktionen der chinesischen Führung auch künftig unsere gemeinsame Front entgegenzustellen.

Nun zur möglichen Entwicklung unserer Beziehungen zu den führenden Staaten Westeuropas. Ich beginne mit der BRD.

Dort besteht gegenwärtig eine komplizierte Lage. Immer mehr verstärken die rechten Kreise ihre Aktivitäten und immer mehr werden chauvinistische und sogar nazistische Stimmungen geschürt. Die Regierung der BRD organisiert einen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Druck auf die DDR, wobei sie darauf abzielt, die Republik zu schwächen und ihre sozialistische Ordnung zu erschüttern.

Wahrscheinlich wird gegen Ende Juni Schmidts Besuch in Moskau stattfinden, obwohl das noch nicht endgültig vereinbart ist. Schmidt bemüht sich noch immer um eine Erlaubnis aus den USA.

Im Laufe der Gespräche beabsichtigen wir, der Führung der BRD unsere Besorgnis über einige Aspekte ihres außenpolitischen Kurses klar zu verstehen zu geben, sie ernsthaft vor den - vor allem für die BRD selbst - negativen und gefährlichen Folgen der ständigen Zugeständnisse an die Amerikaner zu warnen. Es ist natürlich besonders wichtig, unzweideutig klarzumachen, welche ernststen und zutiefst negativen Folgen für die BRD die Stationierung neuer amerikanischer Raketen auf ihrem Territorium haben kann.

Es ist zugleich wichtig, das Interesse der BRD an Beziehungen zu unseren Ländern als Reserve im Kampf für die Entspannung zu nutzen und Bonn auf die Positionen seiner Vereinbarungen mit den sozialistischen Ländern festzulegen.

Unter den neuen Bedingungen ist eine abgestimmte Linie gegenüber der BRD besonders wichtig. Wir haben gute Trümpfe, gute Hebel. Ökonomisch, da die Wirtschaftsbeziehungen zu unseren Ländern einen recht bedeutenden Teil in der Wirtschaft Westdeutschlands ausmachen. Politisch, da die Lage der BRD, die Interessen der Sicherheit sie zwingen, normale Beziehungen zu den östlichen Nachbarn zu unterhalten. Man darf auch die Möglichkeiten der ideologischen Einwirkung auf die Bevölkerung der BRD nicht außer acht lassen. Es ist nützlich, all diese Fragen gemeinsam zu untersuchen, um unsere gemeinsame praktische Politik zu erarbeiten.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen gewinnen die Beziehungen zu Frankreich immer mehr an Bedeutung. Daß es eine relativ unabhängige Position einnimmt und fester als die anderen dem amerikanischen Druck standhält, ist zweifellos eine positive Tatsache.

Wir verschließen natürlich nicht die Augen vor den Schattenseiten der französischen Politik, vor allem dem, was uns voneinan-

der trennt. Es ist aber wichtiger, den Akzent auf jene Fragen zu setzen, die eine Grundlage für die weitere politische Zusammenarbeit mit Frankreich enthalten. Darauf zielte auch der jüngste Besuch des Genossen Gromyko in Paris ab. Zu diesem Zweck wollen Genosse Gierék und ich demnächst, aller Wahrscheinlichkeit nach hier in Warschau, ein Treffen mit Giscard d'Estaing durchführen.

Es ist in der Tätigkeit mit den westeuropäischen Ländern überhaupt wichtig, jenes Positive zu bewahren, was im Laufe von Jahren geschaffen wurde. Was unsere politischen Gegner auch immer sagen mögen, der in Helsinki abgesteckte friedliche Weg ist von größter Bedeutung. Übrigens beabsichtigen wir, den fünften Jahrestag der gesamteuropäischen Konferenz in der Sowjetunion gebührend zu würdigen.

Um die Ergebnisse der Entspannung in Europa zu bewahren, muß man vor allem den Knoten lösen, der durch die Beschlüsse der Dezember-Tagung des NATO-Rates vom vergangenen Jahr geknüpft wurde. Sie bezwecken, das in Europa entstandene Gleichgewicht der militärischen Kräfte zu beseitigen. Die neuen Pershing-Raketen sind in der Lage, das Territorium unserer Länder in einigen Minuten zu erreichen. Eine Gefahr stellen auch die Flügelraketen dar. All das erschwert bedeutend die Aufgaben unserer Verteidigung.

Das ist aber noch nicht alles. Die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa würde die Positionen jener Abenteurer in den USA stärken, die die Idee des sogenannten ersten Schläges propagieren. Sie möchten unsere strategischen Mittel im Visier haben und setzen dadurch vor allem Westeuropa einem Gegenschlag aus.

Unser grundsätzlicher Standpunkt besteht darin, eine Verletzung der militärischen Parität in Europa zu verhindern. Wir ver-

letzten diese nicht, wenn wir unser Raketenpotential mittlerer Reichweite erneuern, was die Amerikaner schon längst getan haben. Mehr noch, sie verstärken weiterhin ihre Kräfte der Vorverteidigung, legen Waffenlager an und vervollkommen die Technik der massiven Truppenverschiebung nach Europa. Im Mittelmeer steht ihre mit Kernwaffen bestückte Kriegsflotte.

Wie soll man da am besten handeln? Wenn wir erklären, daß die NATO die Grundlage für Verhandlungen zerstört hat, verschließen wir der Suche nach einer Lösung, die eine neue gefährliche Spirale des Wettrüstens verhütet, durchaus nicht die Türen. Wir sind nicht gegen Verhandlungen, können aber nicht darin einwilligen, daß man uns Vorbedingungen aufzwingt, die dem NATO-Block einseitige militärische Vorteile geben.

Offenbar sind die westlichen Politiker, die erkannt haben, daß wir ihren Erpressungsversuchen eine entschiedene Abfuhr erteilen, gezwungen, einen Ausweg aus der von ihnen selbst geschaffenen Sackgasse zu suchen. Bekannt ist die "Idee" von Schmidt, daß beide Seiten auf die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen verzichten sollen. Obwohl wir es hier mit einem ziemlich durchsichtigen Trick zu tun haben, den wir zurückweisen, ist das nichtsdestoweniger ein Anzeichen dafür, daß sich dieser oder jener im Westen darüber Gedanken macht, wie man aus der Lage herauskommen könnte.

Wir erwägen unsererseits unter anderem die Möglichkeit von Verhandlungen über Mittelstreckenraketen und amerikanische Kernwaffen der Vorverteidigung im Rahmen von SALT III. Hier hängt aber natürlich alles davon ab, welches Schicksal dem SALT-II-Vertrag zuteil wird. Jedenfalls wird ein derartiges Herangehen erneut zeigen, daß der Stillstand nicht an uns liegt.

Wir beabsichtigen keinesfalls, einer Erörterung von Abrüstungs- und anderen Fragen mit den Amerikanern auszuweichen. Daher reagierten wir auf ihre Initiative hinsichtlich einer Begegnung des Genossen Gromyko mit Muskie in Wien. Andrej Andrejewitsch wird direkt von hier dorthin fliegen. Wir wollen abwarten, was dieses erste Gespräch mit dem neuen Außenminister der USA ergeben wird.

Einige Worte über die Wiener Verhandlungen. Sie treten auf der Stelle. Der Westen will offenkundig keine Vorwärtsbewegung, daher sind einstweilen keine Perspektiven für eine Vereinbarung zu erkennen. Eine Herabsetzung des Niveaus der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa ist aber eine wichtige herangereifte Frage. Man muß sicher die Verhandlungen weiterführen und dabei Geduld und Ausdauer zeigen.

Noch kann man nicht sagen, wie das Treffen in Madrid die europäischen Angelegenheiten beeinflussen wird. Die Situation wird dort offenbar noch komplizierter als in Belgrad sein. Die Amerikaner werden bestimmt wiederum versuchen, das Afghanistan-Thema zu strapazieren und erneut die Demagogie um die Frage der Menschenrechte zu schüren.

Es verbleibt nicht mehr sehr viel Zeit, und die bevorstehende Arbeit ist nicht gering. Wir müssen eine gute konstruktive Plattform haben und die erforderliche Vorarbeit mit den anderen Teilnehmern der Konferenz leisten.

Es wäre gut, für die Erörterung in Madrid im voraus zwei, drei Fragen zu jedem Abschnitt der Schlußakte auszuwählen, deren Erörterung unseren Interessen entspräche und für die anderen Teilnehmer annehmbar wäre.

Wenn sich die Amerikaner in Madrid zu einer Obstruktionspolitik entschließen, muß das für sie in eine ernste moralische und politische Niederlage umschlagen.

Eine andere bedeutende Aufgabe besteht darin, darauf hinzuwirken, daß in Madrid ein Beschluß über die Einberufung der von uns gemeinsam vorgeschlagenen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa gefaßt wird. Es wäre auch gut, würde der Vorschlag Polens, diese Konferenz hier in Warschau durchzuführen, Billigung finden.

Meiner Meinung nach wird es nützlich sein, im Oktober, unmittelbar vor dem Madrider Treffen, eine Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages durchzuführen.

Gestatten Sie mir jetzt, kurz zu einigen "Punkten" zu sprechen, an welchen unsere Gegner die internationalen Spannungen vorsätzlich anheizen.

Wir verfolgen alle aufmerksam die Situation in Südostasien. In letzter Zeit wollten dort die Genossen Husak, Shiwkow, Honecker und Ceausescu zu Besuchen. Die Situation in dieser Region bleibt gespannt und voller Überraschungen. Die Gefahr einer neuen chinesischen Aggression bleibt bestehen. Es ist verständlich, daß die Beseitigung der Zerstörungen und des Hungers in Kampuchea, eines Erbes des gestürzten prochinesischen Regimes, stark erschwert.

Nichtsdestoweniger stabilisiert sich die Lage allmählich. Natürlich ist auch künftig Hilfe für Vietnam, Laos und Kampuchea notwendig.

In den letzten Monaten wurde die Situation um Kuba komplizierter. Die unlängst begonnene amerikanische Demonstration militärischer Stärke bezweckt, nicht nur Kuba, sondern auch die gesamte Befreiungsbewegung in Mittel- und Lateinamerika einzuschüchtern.

Wir verfolgen aufmerksam die Entwicklung der Situation, unterhalten Kontakte mit der kubanischen Führung und warnen die Amerikaner öffentlich vor einem Versuch, die bestehenden Vereinbarungen zu verletzen. Auch künftig sind Wachsamkeit gegenüber den Umtrieben des Imperialismus gegen Kuba und wirksame Hilfe für die kubanischen Freunde geboten.

Einiges zu Afghanistan. Die Lage im Lande verbessert sich zweifellos. In den großen Städten und Provinzzentren gelingt es der Revolutionsregierung, allmählich die Ordnung wieder herzustellen und die Bevölkerung des Landes wieder mit Lebensmitteln zu versorgen. Es werden aktive Maßnahmen zur Festigung der von Amin zerstörten Einheit innerhalb der Demokratischen Volkspartei getroffen.

Dennoch möchte ich hier, im Kreise enger Freunde, offen sagen: Bis zur normalen Lage ist es noch weit. Die aggressive Einmischung von außen wird fortgesetzt. Unter diesen Bedingungen spielt unser militärisches Kontingent eine stabilisierende Rolle und wird so lange in Afghanistan bleiben, bis die Anschläge auf die Errungenschaften der afghanischen Revolution aufhören. Wir werden Afghanistan nicht im Stich lassen. Wir haben es den Imperialisten gesagt und werden es ihnen sagen: Hände weg vom revolutionären Afghanistan.

Man spricht jetzt viel von einer politischen Regelung der Situation, die um Afghanistan entstanden ist. Wir sind für eine solche Regelung unter der Bedingung, daß die Aggression eingestellt wird und zuverlässige Garantien gegen die subversiven Aktivitäten vom Ausland her gegeben werden. Natürlich ist jede Regelung nur unter Beteiligung Afghanistans selbst möglich. Das Wichtigste sind ein Abkommen zwischen Afghanistan und Pakistan und zuverlässige Garantien für die Einstellung der Aggression von außen. Soweit uns bekannt ist, erwägt die

afghanische Regierung eine konkrete politische Initiative für eine solche Regelung. Das wäre ein guter, konstruktiver Schritt. Für nützlich halten wir auch die Bemühungen, die von Kuba unternommen wurden, und die Versuche Indiens, auf Pakistan einzuwirken.

Die Amerikaner versuchen, fast die gesamte Weltpolitik auf Afghanistan zu reduzieren. Es ist wichtig zu zeigen, wie künstlich und provokatorisch diese Haltung ist. Denn die wahren Gefahrenquellen sind der ganze militaristische Kurs Washingtons, seine militärischen Vorbereitungen im Indischen Ozean und im Persischen Golf, seine Abenteuer gegen Iran, ganz abgesehen von seinen Plänen in Europa. Unter diesen Bedingungen ist es angebracht, die Verringerung der militärischen Präsenz der USA im Indischen Ozean, die Auflösung der dort bestehenden ausländischen Militärstützpunkte und die Schaffung einer Friedenszone in diesem Raum nachdrücklicher zu fordern.

Wir sind gegen Geiselnahmen und für die Respektierung des Völkerrechts. Wir verurteilen aber entschieden den militärischen Druck und die Drohungen der USA gegenüber Iran.

Die Washingtoner Politiker verlieren offenkundig die Nerven, und das kann alle möglichen Überraschungen hervorrufen. Die unrühmliche Aktion der amerikanischen Kommandotruppen ließ auch die Verbündeten der USA besser erkennen, wie tief die Politik Washingtons gesunken ist und in welchen Sumpf jene gezogen werden können, die ihm gehorsam folgen. Außerdem wurden die Berechnungen der USA, die ganze islamische Welt auf ihre Seite zu bringen, stark erschüttert, wenn nicht sogar ganz durchkreuzt.

Einige Worte zum Nahen Osten. Wir haben die Probleme dieser Region schon wiederholt erörtert. Unsere praktischen Schritte

halfen den Arabern, sich auf bestimmten politischen Positionen zu behaupten.

Die Politik von Camp David ist offenkundig in eine Sackgasse geraten. Sogar im Westen erkennt man, daß jegliche Beschlüsse über den Nahen Osten ohne Teilnahme der palästinensischen Befreiungsorganisation nicht zu einem dauerhaften Frieden führen werden. Die Westeuropäer nehmen Kontakte mit Arafat auf, wagen es aber nicht, offen gegen die USA aufzutreten.

Es ist wohl an der Zeit, die Linie von Camp David weiter zu entlarven und einer umfassenden Nahostregelung zugleich neue Impulse zu verleihen.

Bei uns reift der Gedanke heran, in nicht ferner Zukunft auf Initiative der Araber die Palästina-Frage als das wichtigste Element der gesamten Nahostregelung im Rahmen der unter Schirmherrschaft des UNO-Sicherheitsrates zu erörtern. Es ist wahrscheinlich noch zu früh, die konkreten Formen einer derartigen Erörterung festzulegen. Es ist jedoch klar, daß sie das Problem wieder auf den Weg einer umfassenden Regelung führen könnte, natürlich unter Mitwirkung der unmittelbar daran interessierten Seiten, die PLO einbegriffen.

Zusammenfassend möchte ich folgendes sagen. Wir haben alles Erforderliche, um der imperialistischen Drohung entgegenzutreten, um den Kräften des Militarismus und der Aggression keine Chance zu geben, den Gang der Ereignisse zu ihren Gunsten zu wenden. Dazu sind politische Aktivität, ausgewogene und präzise Führung der internationalen Angelegenheiten und große Arbeit auf allen Abschnitten erforderlich.

Genossen, ich möchte Ihnen einen Gedanken mitteilen, der buchstäblich in diesen Tagen entstanden ist. Wir alle sorgen uns

darum, wie die entstandenen Spannungen einzudämmen und die Entwicklung der internationalen Ereignisse in die erforderlichen Bahnen zu lenken ist. Wir sind im Politbüro zu dem Schluß gekommen, daß diesem Ziel die Unterbreitung einer bedeutenden politischen Initiative entsprechen würde, die unsere Friedensliebe und Bereitschaft, die akuten Probleme zu lösen, überzeugend demonstrieren würde.

Wir erwogen verschiedene Varianten und entschlossen uns zu folgender: Ein Gipfeltreffen der führenden Persönlichkeiten größerer Staaten verschiedener Regionen der Welt vorzuschlagen, um konkrete Wege zur Beseitigung der internationalen Spannungsherde und zur Verhütung eines Krieges zu erörtern. Besondere Beachtung muß dabei natürlich den Fragen der europäischen Sicherheit und der Erhaltung des Friedens in Europa geschenkt werden.

Ein Gipfeltreffen ist ein maßgebliches erprobtes Mittel, das sich in den jüngsten Zeiten und auch in der Vergangenheit, in den Zeiten der Antihitlerkoalition, gut bewährt hat.

Taktisch würde es offenbar richtig sein, zuerst die Reaktion auf die Idee eines Treffens zu klären und sie danach zu konkretisieren. Die Zusammensetzung der Teilnehmer könnte durch Konsultationen zwischen den Staaten festgelegt werden. Es versteht sich, daß die Länder des Warschauer Vertrages auf einer derartigen Gipfelkonferenz gebührend vertreten sein müssen.

Wir schlagen vor, die Idee gemeinsam, im Namen unserer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses zu unterbreiten. Den Entwurf einer entsprechenden Formulierung haben wir allen Delegationen übergeben. Ich hoffe, daß die Genossen diese Initiative unterstützen werden. Sie kann zu einem neuen und

sehr wichtigen Beitrag der Organisation des Warschauer Vertrages zum Kampf für Frieden und Entspannung werden.

Genossen! Alles, was in dem Vierteljahrhundert des Bestehens der Organisation des Warschauer Vertrages erreicht werden konnte, wurde dank der Einheit und Geschlossenheit ihrer Teilnehmer, dank der richtigen Politik unserer Parteien und Staaten erzielt. In der gegenwärtigen internationalen Situation ist es wichtig, unsere Aktionen im Kampf für die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, für die Freiheit und die Rechte der Völker noch enger zu koordinieren. Die aktive Mitwirkung aller unserer Länder an der Politik der allseitigen Festigung des Friedens ist von höchst wichtiger grundsätzlicher Bedeutung.

Die Koordinierung der Bemühungen der Bruderländer muß unserer Ansicht nach alle unsere Aktionen durchdringen, ganz gleich, ob es sich um politische, militärische, diplomatische und ideologische oder um Propagandaarbeit handelt.

Eine ständig wachsende Rolle erlangt unsere Zusammenarbeit im Rahmen des RGW bei der Verwirklichung der langfristigen Zielprogramme, die die wichtigsten Bereiche der materiellen Produktion umfassen. Man muß sie unentwegt weiter ausbauen.

Wie gewöhnlich wird auch die gegenwärtige Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses mit der Annahme eines Schlußdokumentes beendet werden. Unserer Ansicht nach bildet der vorbereitete Entwurf der Deklaration ein kämpferisches und zugleich ausgewogenes Dokument. Es gibt eine marxistisch-leninistische Analyse der internationalen Lage in ihrer ganzen Kompliziertheit und Eigenart, enthält richtige Orientierungspunkte für unsere gemeinsamen internationalen Bemühungen.

Genossen!

Erst kürzlich begingen unsere Bruderparteien den 110. Geburtstag von Wladimir Iljitsch Lenin. Wie es den Kommunisten gebührt, benutzten wir diesen Jahrestag, um uns erneut der Leninschen Weisheit, den unvergänglichen Lehren seines Lebens und seiner Tätigkeit zuzuwenden. Natürlich sind die unverbrüchliche brüderliche Freundschaft unserer Parteien, Länder und Völker, das Bekenntnis zu den Idealen des Kampfes um Frieden und Kommunismus markantestes Zeugnis der Treue zum Leninismus. Darin liegt unsere Kraft. Darin liegt das Unterpfand für einen Erfolg all unserer Taten.

Gestatten Sie mir abschließend, Genossen Gierek und allen polnischen Genossen den aufrichtigen Dank für den großen Beitrag zur Vorbereitung des Entwurfes des Schlußdokumentes und zur Organisation unserer Tagung sowie für die herzliche Gastfreundschaft zum Ausdruck zu bringen, die uns auf polnischem Boden erwiesen wird.